

GREENPEACE

Gefährliche Gesetzeslücke

woxx: Greenpeace hat zusammen mit anderen Organisationen schwere Mängel im Gesetzesvorschlag zur Umsetzung der EU-Freisetzungsdirektive festgestellt. Was sind das für Mängel?

Martina Holbach: Zunächst möchte ich klarstellen, dass wir dieses Gesetz nicht verhindern wollten. Es stellt zweifellos eine Verbesserung im Vergleich zur bestehenden Gesetzeslage dar. Sowohl Freisetzungsversuche als auch die Erstzulassung von GMO sind darin streng geregelt. Für den Fall, dass hierzulande genmanipulierte Pflanzen angebaut werden können, die in anderen EU-Staaten zugelassen wurden, sieht das Gesetz jedoch keinerlei Schutzmechanismen vor. Hier müsste unserer Meinung nach ein entsprechender Paragraph hinzugefügt werden.

Das hätte die Abstimmung verzögert. Laut Einschätzung der Grünen eilt es jedoch mit der Umsetzung der Direktive.

Diese Einschätzung teile ich keineswegs. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass Firmen in Luxemburg einen Antrag auf Erstzulassung stellen. Das haben sie in den vergangenen Jahren auch nicht getan. Bei der EU-Kommission liegen derzeit 75 Zulassungs-Anträge, die allesamt



Gentech-Expertin Martina Holbach von Greenpeace.

(Foto: Archiv)

nicht in Luxemburg eingereicht wurden. Es ist deshalb wahrscheinlicher, dass genmanipulierte Pflanzen aus anderen Ländern bei uns angebaut werden. Und hierfür

brauchen wir eine gesetzliche Grundlage.

Die Grünen wollen die Frage der Koexistenz von Landwirtschaft mit und

ohne GMO in einem Extra-Gesetz regeln.

Es würde in der Tat nahe liegen, dass der Landwirtschaftsminister ein solches Gesetz vorlegt. Ich sehe jedoch nicht, wie das in absehbarer Zeit passieren soll, sprich noch vor den Wahlen.

Aber auch im neuen Gesetz sind Sicherheitsvorkehrungen vorgesehen. Laut Artikel 27 kann der Gesundheitsminister ein GMO-Produkt, das in Luxemburg oder in einem anderen EU-Staat zugelassen wurde, im Falle von begründeten Bedenken vorläufig verbieten.

Theoretisch könnte dieser Artikel angewandt werden. Der Haken ist jedoch, dass ein solches Verbot für maximal drei Monate besteht. Ich halte es für illusorisch, dass die Luxemburger Regierung dies auf EU-Ebene langfristig durchsetzen könnte.

Bei Annahme des Gesetzesvorschlags könne eine gentechfreie Landwirtschaft in Luxemburg nicht mehr garantiert werden, heißt es in Ihrer Deklaration. Eine etwas irreführende Darstellung, denn eine solche Garantie liefert auch das bestehende Gesetz von 1997 nicht.

Gerade weil das alte Gesetz hier keinen Schutz bietet, hätten wir uns gewünscht, dass diese Lücke jetzt geschlossen

wird. In der EU wurden seit 1998 keine GMO mehr zugelassen. Dieses Moratorium wird jedoch möglicherweise bereits im kommenden Frühjahr aufgehoben. Wie sich die Stimmung dann verändern wird, können wir im Moment nicht vorhersehen.

Die Chancen, ein Gesetzesprojekt in dieser Phase zu stoppen, sind gering. Wieso kommt dieser Protest erst so spät?

Wir haben versucht, bei einzelnen Abgeordneten darauf hinzuwirken, dass ein entsprechender Paragraph im Gesetz verankert wird. Das ist uns nicht gelungen. Jetzt sind wir in der Tat spät dran. Mir ist erst vor ein paar Wochen klar geworden, was es genau heißt, wenn dieses Gesetz in dieser Form verabschiedet wird.

In der Zukunft werden wir versuchen, auf alle Abgeordneten zuzugehen und sie über die Umstände aufzuklären. Denn als der Bericht zum Gesetz in der Parlamentskommission abgestimmt wurde, war den meisten Mitgliedern der Kommission offensichtlich nicht bewusst, um was es hier ging.

Was werden Sie jetzt tun?

Uns wird nichts anderes übrig bleiben, als den Landwirtschaftsminister aufzufordern, möglichst schnell ein entsprechendes Gesetz zur Regelung der Koexistenz zu verabschieden. Dazu brauchen wir allerdings die Unterstützung der Abgeordneten.

Pro/Contra Gentech-Gesetz

Ungewöhnliche Fronten taten sich diese Woche in Luxemburg auf, als es um die Abstimmung des Gesetzesvorschlags zur Umsetzung der EU-Freisetzungsdirektive von genetisch modifizierten Organismen (GMO) ging: Auf der einen Seite eine außergewöhnliche Allianz von biologischen und konventionellen Bauernverbänden sowie der Umweltschutzorganisation Greenpeace. Auf der anderen Seite Déi Gréng.

Das neue Gesetz sei "inakzeptabel", meinen die protestierenden Verbände in ihrer Deklaration und sehen darin einen "Widerspruch zur offiziellen Politik der luxemburgischen Regierung". Die Grünen, bekanntlich ein Teil der parlamentarischen Opposition, begrüßen das Gesetz ausdrücklich und bezeichnen es als "wesentlichen Durchbruch". Was ist passiert im sonst vereinten Lager der Gentech-KritikerInnen? Wir fragten Martina Holbach (Greenpeace) und Camille Gira (Déi Gréng).

Wir sollten uns darüber freuen, dass wir jetzt für die Erstzulassung und Freisetzung ein derart fortschrittliches Gesetz haben und es wird höchste Zeit, dass es umgesetzt wird. Jede Verzögerung stellt ein Risiko für die Verbraucher und Verbraucherinnen dar.

Wieso?

Biotechunternehmen finden in Luxemburg aufgrund der geltenden Gesetzeslage durchaus günstige Bedingungen vor. Sie könnten die bestehenden Lücken ausnutzen, um auf einfachem Wege, GMO-Zulassungen zu bekommen.

Normalerweise kennt man eher das Bild, dass Grüne und Greenpeace zusammen gegen GMO kämpfen. Warum fand hier kein Dialog statt?

Ich kann dazu eigentlich nur sagen, dass wir die Verbände stets auf dem Laufen-

den gehalten haben. Mich ärgert, dass es plötzlich zu einer ablehnenden Haltung kam und die großen Fortschritte jetzt nicht anerkannt werden. Man kann nicht während eines Fußballspiels die Regeln ändern - das hat Greenpeace jedoch getan. Ich habe den Eindruck, dass diese Strategie in erster Linie zur allgemeinen Verwirrung beigetragen hat. Und ich bedaure, dass sich die Bauernverbände und Greenpeace ihre Kräfte nicht aufsparen, um zusammen mit uns darauf hinzuwirken, neben einem fortschrittlichen Freisetzungsgesetz zusätzlich progressive Koexistenzregelungen durchzusetzen.

Interviews: Danièle Weber

DEI GRENG

Ein enormer Fortschritt

woxx: Greenpeace und Bauernverbände rufen zum Protest gegen das Gesetzesprojekt zur neuen Freisetzungsrichtlinie auf und dazu, den befürwortenden Abgeordneten Protestmails zu schicken. Haben Sie viele Mails bekommen?

Camille Gira: Ja, ich habe ein paar E-mails erhalten. In unserer Antwortmail erklären wir den Leuten, dass wir zwar in der Form, nicht jedoch vom Grundsatz her eine andere Position vertreten als die Verbände, die sich jetzt zu Wort gemeldet haben.

Diese Organisationen waren dafür, die Abstimmung des Gesetzes zu verschieben. Die Grünen haben gegen einen entsprechenden Antrag gestimmt, den die LSAP am Dienstag in der Chamber einreichte. Nehmen Sie die Bedenken der Verbände nicht ernst?

Das Gesetzesprojekt setzt die veränderten EU-Regelungen zur Erstzulassung von GMO um. Hier muss man betonen, dass dieses Gesetz wegen Änderungsanträgen der Grünen jetzt weiter reicht, als in allen anderen EU-Staaten. Gerade die Auflagen einer



Camille Gira, Abgeordneter von Déi Gréng.

(Foto: Archiv)

Kommodo-Inkommodo-Genehmigung und die, dass GMO-Anwender eine Rechtsschutzversicherung abschließen müssen, werden meiner Meinung nach dazu führen, dass in Luxemburg de facto

überhaupt keine GMO zugelassen werden. Das ist doch ein enormer Fortschritt.

Wir stimmen jedoch mit den Verbänden darin überein, dass wir eine weitere Gesetz-

gebung brauchen, welche die Nutzung von bereits in der EU zugelassenen GMO regelt.

Solche Sicherheitsvorkehrungen hätten, so die Kritik, in dem vorliegenden Gesetzesprojekt verankert werden müssen.

In dem Punkt stimmen wir in der Tat nicht mit den Verbänden überein. Mich wundert sehr, dass diese Kritik jetzt erst geäußert wird. Denn in den letzten anderthalb Jahren wurde in der Gesetzesvorlage hierzu nichts verändert. Im Übrigen hätte die EU-Direktive bereits im Dezember 2002 umgesetzt werden müssen. Die Möglichkeit, Maßnahmen zur Regelung der Koexistenz zu ergreifen, besteht erst ab September 2003. Das ist doch der beste Beweis, dass eine solche Regelung gar nicht in das Freisetzungsgesetz hineingehört. Immerhin fällt dieses Gesetz unter die Kompetenz des Gesundheitsministers, für die Koexistenzfrage ist jedoch der Landwirtschaftsminister zuständig. Deshalb fordern wir eine zusätzliche Regelung, die dafür sorgt, dass die biologische und konventionelle Landwirtschaft vor GMO-Verunreinigung geschützt wird.